

Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 294 (2015)

Artikel: Blick in die Welt
Autor: Bühler, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-515356>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blick in die Welt

WALTER BÜHRER

Die Geschichte verläuft selten konstant, geradlinig, ungebrochen. Aus der Vergangenheit lassen sich denn auch kaum exakte Vorhersagen ableiten. Aber nicht auszuschliessen ist, dass verhängnisvolle Ketten von Ursachen und Wirkungen, Aktionen und Reaktionen die Welt oder Teile davon erneut in den Abgrund reissen – so wie beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor hundert Jahren. Zwangsläufig sind solche Entwicklungen nicht. Staatskunst und internationales Krisenmanagement könnten manche Katastrophe verhindern. Jahrelange Wirren wie in Bosnien und Kosovo, Völkermorde wie in Ruanda (1994) hätten dank rascherem Eingreifen von aussen möglicherweise vermieden werden können. Erst im geschichtlichen Rückblick lässt sich abschätzen, ob politische Abläufe und Entwicklungen anders hätten gesteuert werden können. Gab es Handlungsalternativen? Oder war das Geschehen durch die Umstände gewissermassen vorprogrammiert? Fragen, die etwa mit Blick auf die Krisenherde Syrien und Ukraine erneut intensiv diskutiert wurden. Hätte es die Völkergemeinschaft in der Hand gehabt, bessere oder weniger kostspielige Lösungen zu



Bild: iStock

Tausende demonstrierten auf dem Maidan-Platz von Kiew gegen die Regierung unter Präsident Janukowitsch.

erzwingen? Wären andere Handlungsabläufe möglich gewesen?

Umsturz in der Ukraine

Als 1991 die Sowjetunion zusammenbrach, schien dies gleichbedeutend zu sein mit dem Ende russischen Hegemonialstrebens in Osteuropa und Zentralasiens. Kaum jemand hätte damals voraussagen gewagt, wie rasch Russland neue Grossmachtambitionen entwickeln würde. Bereits der Krieg

mit Georgien 2008 deutete an, dass Moskau die Grenzen nach dem Zerfall der Sowjetunion nicht als sakrosankt empfand, sondern auf neue Gelegenheiten zur Machterweiterung sann. Auch gegenüber der Ukraine hatte das unter Putin wiedererstarkte Russland mehrfach den Tarif durchgegeben: enge Bindung an Moskau; keine Annäherung an EU und Nato. Im Gegenzug hatte sich Russland verpflichtet, die Ukraine mit verbilligtem russischem Erdgas und Erdöl zu versorgen. Die Krise im Verhältnis der beiden Länder

kam denn auch nicht unvermittelt. Sie entzündete sich, als der ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch ein Assoziierungsabkommen mit der EU auf Druck Moskaus annullierte. Dagegen erhob sich in der Bevölkerung Protest: Seit dem 21. November 2013 protestierten Studenten auf dem zentralen Maidan-Platz in Kiew. Die Staatsgewalt antwortete mit dem Einsatz der Berkut, einer berüchtigten Spezialeinheit der Polizei, was die Proteste zusätzlich anheizte. Am 8. Dezember 2013 beteiligten sich über 500 000 Menschen an einer Kundgebung gegen das Regime. Sie forderten explizit den Rücktritt des Präsidenten und wandten sich gegen die allgegenwärtige Korruption, die hohe Arbeitslosigkeit und die Abhängigkeit von Russland. Trotz eisiger Temperaturen und mehrerer Versuche der Regierung, den Maidan-Platz zu räumen, harrten die Menschen aus. Einer der wichtigsten Köpfe der Bewegung war der ehemalige Schwergewichts-Boxweltmeister Witali Klitschko. Während er und seine Mitstreiter auf Gewaltlosigkeit setzten, organisierten sich am rechten Rand der Bewegung Kampfgruppen, die einen gewaltsamen Umsturz betrieben. Vertreter des sogenannten «Rechten Sektors» erklärten, sie verfügten über Schusswaffen und seien bereit zum «bewaffneten Kampf». Bis zum 22. Januar 2014 kamen bei Zusammenstößen mindestens fünf Menschen ums Leben. Am 28. Januar 2014

erklärte die gesamte ukrainische Regierung ihren Rücktritt. Präsident Janukowitsch verlor zusehends an Macht.

Am 18. Februar eskalierten die Auseinandersetzungen in Kiew zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Bei Zusammenstößen zwischen Polizei und Regierungsgegnern kamen mindestens 80 Menschen ums Leben. Auf beiden Seiten wurden Schusswaffen eingesetzt; es kam zu Geiselnahmen und gezielten Tötungen durch Scharfschützen. Einer eiligst nach Kiew entsandten Delegation der Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens gelang es am 21. Februar, ein Abkommen zwischen Präsident Janukowitsch und den Regierungsgegnern zur Beilegung der Krise auszuhandeln. Dieses sah Neuwahlen im Dezember 2014 und eine Rückkehr zur Verfassung von 2010 vor (mit beschränkten Befugnissen des Präsidenten). Damit war die Situation jedoch nicht mehr zu beruhigen. Die Regierungsgegner auf dem Maidan-Platz beharrten auf dem unverzüglichen Rücktritt des Präsidenten. Die Ereignisse begannen sich nun zu überstürzen: Die Polizei erklärte sich solidarisch mit der Opposition. Das Parlament beschloss ohne Gegenstimmen die Absetzung Präsident Janukowitschs, worauf sich dieser in den Osten des Landes und später nach Russland absetzte (Janukowitsch sprach von einem Staatsstreich). Die frühere Regierungschefin Julia Timoschenko, die im Au-

gust 2011 wegen Amtsmissbrauch hinter Gitter gesetzt worden war, kam frei und kündigte an, bei den kommenden Präsidentschaftswahlen zu kandidieren. Bereits am darauf folgenden Tag wählte das Parlament Olexandr Turtschynow zum Übergangspräsidenten. Neuer Chef einer Übergangsregierung wurde der Oppositionspolitiker Arseni Jazenjuk.

Während die EU die Absetzung Janukowitschs und die Einsetzung der Übergangsregierung in Kiew umgehend anerkannte und der Ukraine Hilfe in Aussicht stellte, verhielt sich Russland ablehnend: Moskau bezweifelte die Rechtmässigkeit der neuen Regierung, und Ministerpräsident Medwedew sprach von einer «realen Gefahr für russische Interessen» sowie für «Leben und Gesundheit unserer Landsleute». In dieser Aussage war – unschwer herauszuhören – eine handfeste Drohung enthalten: Russland würde nicht zögern, militärisch einzugreifen, falls die in der Ukraine lebenden Russen Nachteile erlitten. Um der Drohung Nachachtung zu verschaffen, verlegte Moskau Truppen an die ukrainische Ostgrenze und kündigte Manöver an.

Krim wird russisch

Ein erstes Exempel statuierte Russland in der Krim. Die weit ins Schwarze Meer hinausragende Halbinsel mit einer Fläche von 26 844 km² (fast zwei Drittel

der Schweiz) und rund 2,4 Millionen Einwohnern war mit Russland seit dem 18. Jahrhundert eng verbunden; Katharina II. hatte die Krim 1783 dem Osmanischen Reich entrissen; 1954 war die Halbinsel von Chruschtschow der Ukraine zugeordnet worden. Nach dem Zerfall der Sowjetunion verblieb die Krim bei der neu entstandenen unabhängigen Republik Ukraine. Bereits damals gab es unter der mehrheitlich russischstämmigen Bevölkerung Abspaltungstendenzen; sie konnten in Schach gehalten werden, indem der Krim der Status einer autonomen Republik innerhalb der Ukraine zugestanden wurde. Für Russland blieb die Krim in dessen von hohem strategischem Wert, war doch in Sewastopol die russische Schwarzmeerflotte domiziliert. Der Machtwechsel in Kiew wurde von den Behörden der Krim wie auch von Russland eiskalt ausgenutzt. Spezialtruppen besetzten alle strategisch wichtigen Punkte der Halbinsel. Am 2. März 2014 erklärte das Regionalparlament die Abspaltung von der Ukraine und beschloss für den 16. März die Durchführung eines Referendums. Dieses ergab das «gewünschte» Resultat: Laut russischen Angaben stimmten 96,77% für den Anschluss an Russland. Bereits zwei Tage später unterschrieben Vertreter Russlands und der Krim den Vertrag über die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation, und schon am 21. März,



Bild: iStock

Russland nützte die Situation nach dem Regierungswechsel in Kiew eiskalt aus, um sich die Halbinsel Krim einzuverleiben.

nach der Ratifizierung des Vertrages durch die Parlamente beider Seiten, unterschrieb der russische Präsident Wladimir Putin das Anschluss-Dokument. Auf der Krim wurden die Uhren auf Moskauer Zeit umgestellt.

Krise um die Ostukraine

Der Ukraine blieb angesichts ihrer militärischen Machtlosigkeit lediglich die Rolle des ohnmächtigen Beobachters. Die USA und die EU verhängten sorgfältig abgestufte Sanktionen gegen Russland; Moskau wurde aus dem Kreis der G8-Staaten ausge-

schlossen, und gegen einzelne Exponenten Russlands und der Krim verhängten die Westmächte Einreiseverbote. Klar war jedoch von Anfang an, dass niemand ein militärisches Eingreifen gegen Russland in Erwägung zog. Eine Verurteilung durch den Uno-Sicherheitsrat scheiterte am Veto Russlands. In der Uno-Vollversammlung verurteilten 100 von 169 abstimmenden Mitgliedstaaten das russische Vorgehen; 58 enthielten sich der Stimme – für Moskau zweifellos eine empfindliche Zurechtweisung. Einzig Armenien, Bolivien, Kuba, Nicaragua,

Nordkorea, Zimbabwe, Sudan, Syrien, Venezuela und Weissrussland stellten sich an die Seite Russlands.

Das russische Vorgehen in der Krimkrise blieb nicht ohne Folgen für die Ostukraine. Auch dort besetzten bewaffnete «Aktivisten» Rathäuser und Regierungsgebäude. Russland beteuerte, nicht involviert zu sein, warnte jedoch die ukrainische Regierung, gegen die Unruhestifter vorzugehen. Diese verhielt sich zunächst abwartend, erreichte damit aber das Gegenteil. Die russlandfreundlichen Aktivisten gingen immer dreister gegen Einrichtungen der Regierung vor, während sich der Grossteil der ostukrainischen Bevölkerung abwartend verhielt. Trotz Zusagen Russlands, die Krise nicht weiter anzuhetzen, weigerten sich die Rebellen, die besetzten Gebäude zu räumen.

Syriens Bürgerkriegstragödie

Auch im Syrien-Konflikt verfocht Russland skrupellos seine eigenen Interessen. Vorbehaltlos stellte sich Moskau seit Beginn des Bürgerkriegs im Frühjahr 2011 hinter das mit ihm verbündete Assad-Regime. Hauptpfeiler Assads neben Russland blieb Iran. Für das Ayatollah-Regime ging es darum, seinen einzigen Verbündeten im arabischen Raum nicht zu verlieren. Auf dem Spiel stand für Iran auch die Verbindung zu den Schiiten und zur Hisbollah-Partei im benach-

barten Libanon. Klar gegen Assad Stellung bezogen Saudi-Arabien und Katar; von dieser Seite erhielten die Rebellen auch aktive Unterstützung. Der Bürgerkrieg in Syrien blieb ein Stellvertreterkrieg mit Iran und Russland auf der einen Seite, Saudi-Arabien, den Golfstaaten und der Türkei auf der andern. Nach Uno-Angaben forderte der Bürgerkrieg in den ersten drei Jahren seit seinem Ausbruch (bis Februar 2014) über 140 000 Todesopfer. Laut der Uno sollen über 2,6 Millionen Syrer ihr Land verlassen haben; die meisten fanden in der Türkei oder im Libanon Zuflucht; mehr als 6,5 Millionen waren innerhalb Syriens auf der Flucht. Die Auseinandersetzungen wandelten in der Berichtsperiode zusehends ihr Gesicht: Ging es zu Beginn des Krieges noch darum, dem Land eine Abkehr von der Diktatur und eine demokratische Ordnung zu verschaffen, so verfolgten die Rebellengruppen zusehends ethnische und religiöse Ziele. Sunnitisch-islamistische Gruppen mit Verbindungen zum Netzwerk al-Kaida gewannen die Oberhand. Die Dominanz und Brutalität der Islamisten stärkte den Rückhalt des Assad-Regimes in der Bevölkerung, namentlich unter Christen, Schiiten und gemässigten Sunniten. Befanden sich die Regierungstreitkräfte 2012 noch mehrheitlich in der Defensive, so wendete sich das Kriegsgeschehen 2013: Den Verbänden Assads, unterstützt von Hisbollah-Milizen aus

dem Libanon, gelang es, strategisch wichtige Positionen wie die Städte Homs, Hama und Kussair zurückzuerobern und die Verkehrsachsen zwischen Damaskus und den schiitisch-alawitischen Gebieten im Nordosten des Landes zu öffnen.

Einsatz von Chemiewaffen

Gleichzeitig gab es Berichte über Chemiewaffen-Einsätze. Am 21. August 2013 meldeten Oppositionsquellen, dass Rebellenstellungen in Vororten von Damaskus mit Raketen beschossen worden seien, deren Gefechtsköpfe Giftgas enthalten haben sollen. Diese Hinweise verdichteten sich in den folgenden Tagen; viel deutete darauf hin, dass der Einsatz von Chemiewaffen von regime-treuen Truppen ausgegangen war. US-Präsident Barack Obama sah dadurch eine «rote Linie» überschritten und kündigte einen Militärschlag zur Bestrafung des Assad-Regimes an. Allerdings war sich Obama seiner Sache doch nicht so sicher; jedenfalls wollte er sich dafür zuerst noch vom US-Kongress dazu ermächtigen lassen (was an sich nicht nötig gewesen wäre). In der Zwischenzeit entwickelte Aussenminister Kerry mit seinem russischen Amtskollegen Lawrow einen Plan, wonach Assad einen Militärschlag vermeiden könne, wenn er die chemischen Waffen seiner Streitkräfte der internationalen Gemeinschaft übergeben würde.

Am 10. September stimmte Syrien dem Plan zur Abschaffung seines Chemiewaffenarsenals grundsätzlich zu, und am 7. Januar 2014 wurden im Hafen von Latakia die ersten Container mit Bestandteilen chemischer Waffen auf ein dänisches Frachtschiff verladen, um auf hoher See vernichtet zu werden. Ein Uno-Bericht gelangte im April eindeutig zum Schluss, dass in Ghouta bei Damaskus der Kampfstoff Sarin verschossen worden sei, liess jedoch die Frage offen, von wem diese Angriffe ausgegangen seien.

Eine internationale Syrien-Konferenz unter Uno-Ägide endete in Genf Ende Januar 2014 ohne greifbare Ergebnisse. Die Assad-Gegner stimmten einzig im Ruf nach dem Sturz des Diktators überein. Überdies wurde die Konferenz von den Islamisten boykottiert. Die westlichen Staaten, die anfänglich mit der Assad-Opposition sympathisiert hatten, rückten immer mehr von ihrer Haltung ab, wonach Assad zu weichen habe. Viele betrachteten sein Regime angesichts einer real drohenden Islamisierung des Landes als das geringere Übel.

Hinzu kamen Veränderungen im Verhältnis zwischen dem Westen und Iran. Am 3. August 2013 übernahm der als gemässigt geltende Hassan Rohani das iranische Präsidentenamt. Anders als sein Vorgänger Ahmedinedschad setzte Rohani weder im Syrien-Kon-



Bild: iStock

Nach mehreren bestätigten Giftgaseinsätzen verpflichtete sich Syrien, sein Arsenal an C-Waffen vernichten zu lassen. Damit entging das Land einer Strafaktion der USA.

flikt noch im Nuklearstreit mit dem Westen auf Konfrontation, sondern bot Hand zu neuen Gesprächen. Bereits am 24. November verständigte sich die sogenannte «5+1»-Gruppe in Genf auf ein Übergangsabkommen: Teile des iranischen Atomprogramms sollten ausgesetzt und im Gegenzug die westlichen Sanktionen gegen Iran gelockert werden. Die Annäherung zwischen den USA und Iran stiess in Israel wie in Saudi-Arabien und in den Golfstaaten auf heftigen Widerstand, befürchtete man doch, dass Iran lediglich auf Zeit spiele, um letztlich doch eine eigene Atombombe zu bauen.

Rückschläge für die Demokratie

Einen Rückschlag auf dem Weg zu demokratischeren Verhältnissen erlebte Ägypten: Am 3. Juli 2013 wurde Staatspräsident Mohammed Mursi vom Militär seines Amtes enthoben. Erst ein knappes Jahr zuvor war der Vorsitzende der Muslimbruderschaft ins höchste Amt gewählt worden. Der Putsch folgte tagelangen Massenprotesten gegen Mursis Politik; Steine des Anstosses waren Mursis zunehmend autoritärer Regierungsstil und die anhaltend katastrophale Wirtschaftslage Ägyptens. Bei den darauf folgenden Zusam-



Bild: Keystone

In Ägypten stürzte die Armee im Juli 2013 den islamistischen Präsidenten Mohammed Mursi nach nur einjähriger Amtszeit, was zu Protesten führte.

menstößen zwischen Anhängern der Muslimbruderschaft und den Sicherheitskräften kamen Dutzende von Menschen ums Leben. Am 14. August verhängte Übergangspräsident Mansur den Ausnahmezustand über Ägypten. Die Muslimbruderschaft wurde vom Militär als «Terrororganisation» eingestuft; ihre Anführer kamen hinter Gitter. In zwei Massenprozessen wurden 529 bzw. 683 Anhänger der Muslimbruderschaft kollektiv zum Tode verurteilt. Im Januar 2014 erhielt Ägypten eine neue Verfassung (nach einem landesweiten Referendum), und Ende März gab der neue starke Mann des Landes, Armeechef Abd al-Fattah as-Sisi seine Kan-

didatur für das Präsidentenamt bekannt. Entgegen den hochgesteckten Erwartungen im Frühling 2010 konnte die Demokratie in Ägypten nicht wirklich Fuss fassen.

Auch die Türkei entwickelte sich zu einem zunehmend autoritär geführten Staat: Seit März 2003 amtierte der Führer der AKP-Partei, Recep Tayyip Erdogan, als Ministerpräsident des Landes. Unter seiner Führung erlebte die Türkei ein beispielloses Wirtschaftswachstum; sie genoss politische Stabilität, und sie leitete Beitrittsverhandlungen mit der EU ein. Allerdings setzte Erdogan in seiner Innenpolitik zunehmend auf islamische Werte: Schwangerschafts-

abbrüche wurden erschwert, der Alkoholkonsum massiv verteuert, Schleierverbote aufgehoben und die Todesstrafe wieder eingeführt. Aussenpolitisch näherte sich die Türkei den konservativen Regimen in der arabisch-islamischen Welt an: Sie heizte den Bürgerkrieg gegen das Assad-Regime in Syrien an, brach die traditionell guten Beziehungen mit Israel ab und unterstützte das islamistische Mursi-Regime in Ägypten. Im Sommer 2013 kam es in Istanbul zu spontanen Demonstrationen gegen Erdogan: Den Anlass lieferte ein Bauprojekt im Gezi-Park nahe dem Taksim-Platz. Die Kundgebungen weiteten sich aus, und die polizeiliche Repression trug ihrerseits zur Unrast bei. Statt auf die Opposition zuzugehen, verfocht Erdogans Regierung einen kompromisslosen Kurs. Als im Dezember Korruptionsvorwürfe gegen ihn und sein Umfeld zu kursieren begannen, scheute die Regierung nicht davor zurück, Twitter und Youtube in der Türkei zu verbieten. Deswegen ungeachtet feierten Erdogan und seine AKP bei den Gemeindewahlen vom 30. März 2014 einen Triumph. Innenpolitisch war die Türkei gespaltener denn je: zwischen den sich an Westeuropa orientierenden, modernen städtischen Schichten und der noch weitgehend ländlichen, konservativen Bevölkerung Anatoliens, in der Erdogan seinen Rückhalt besass. Ein EU-Beitritt der Türkei rückte in weite Ferne.

«Grosser Bruder»

Amerikas Präsidentschaft unter Barack Obama verlor weiter an Glanz: Seine zweite Amtszeit, die er im Januar 2012 angetreten hatte, war von Misserfolgen überschattet: Die Gesundheitsreform, die unter dem Namen «Obama-care» lief, brachte der Präsident nur mit Mühe durch den Kongress, Computerpannen sorgten zusätzlich für einen peinlichen Start. Im Herbst 2013 vermochten sich Demokraten und Republikaner wochenlang nicht auf einen Budgetentwurf zu einigen; ein Government Shutdown legte während Tagen die Verwaltung lahm. Entgegen allen Beteuerungen brachte es Obama auch nicht

fertig, das Gefangenenlager Guantanamo auf Kuba definitiv zu schliessen. Im Syrien-Konflikt verlor Obama definitiv seinen Nimbus als führungsstarker Politiker, als er einen Militärschlag gegen das Assad-Regime ankündigte, um kurz darauf einen Rückzieher zu machen. Auch das Krisenmanagement der USA zwischen Israel und den Palästinensern brachte keine zählbaren Ergebnisse.

Nichts schadete Obama und den USA im Ausland indessen so sehr wie das Auffliegen der NSA-Affäre. Als der britische Schriftsteller George Orwell 1948 im Roman «1984» seine Vision eines totalen Überwachungsstaates zu Papier brachte, erschien dies allenfalls in totalitären Diktaturen denkbar. Die Vorstellung, dass eine westlich aufgeklärte Nation je zu ähnlichen Methoden, teilweise gegen die eigenen Bürger, greifen würde, war so utopisch, dass man den Geheimdiensten weitgehend freie Hand liess. Orwells Vision des «Grossen Bruders», einer lückenlosen Überwachung durch «Teleschirme» und Mikrophone, wurde jedoch rasch durch die Realität überholt: Mit der Erfindung des Internets stand den Geheimdiensten ein neues, effizientes Instrumentarium zur Verfügung, um Staaten, Politiker und Bürger global zu überwachen. Nach den Terroranschlägen von 2001 gab es für Amerikas Geheimdienste keine Schranken mehr, davon Gebrauch zu machen. All dies hätte

man als Nutzer des Internets ahnen können. Gleichwohl lösten die Enthüllungen des ehemaligen Geheimdienstmitarbeiters Edward Snowden weltweit Überraschung und Entsetzen aus. Der 30-jährige Snowden, der als Systemadministrator für CIA, NSA und DIA gearbeitet und umfassende Kenntnisse gewonnen hatte, setzte sich im Juni 2013 via Hawaii nach Hongkong ab. Dort enthüllte er gegenüber einem britischen Journalisten seine Informationen über die laufenden US-amerikanischen Programme zur Überwachung der weltweiten Internetkommunikation («PRISM» und «Boundless Informant») sowie das britische Programm «Tempora». Trotz eines Haftbefehls des FBI konnte sich Snowden nach Moskau absetzen, wo ihm nach mehrwöchigem Warten im internationalen Flughafen befristet Asyl gewährt wurde. Snowden begründete sein Handeln mit Zweifeln, die ihm gekommen waren, als er vom CIA ungehinderten Zugang zu geheimen Informationen und Überwachungsdaten erhalten hatte: «Ich erkannte, dass ich Teil von etwas geworden war, das viel mehr Schaden anrichtete als Nutzen brachte.»

Die Informationen, die Snowden preisgab, überstiegen alles Vorstellbare: Spätestens seit 2007 überwachten die USA und Grossbritannien weltweit und verdachtsunabhängig den gesamten Telekommunikationsverkehr. Dabei machten sie auch nicht Halt vor befreundete

Bild: Keystone



Der Amerikaner Edward Snowden enthüllte den gigantischen Überwachungsapparat der USA und blamierte damit die Administration Obama aufs Empfindlichste.

ten Nationen. So wurde unter anderem das Handy der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel jahrelang abgehört. Im Visier der amerikanischen Spionage war, wie die «New York Times» berichtete, der gesamte deutsche Politikbetrieb. Teilweise drangen die Schnüffler auch in die E-Mail-Konten führender Politiker ein. Auch der EU-Hauptsitz in Brüssel war eine Hauptzielscheibe US-amerikanischer Spionage. Dabei scheinen die US-Geheimdienste nicht zuletzt Technologiekonzerne wie Google, Yahoo, Apple etc. für ihre Zwecke missbraucht zu haben. Zwar bemühte sich US-Präsident Obama, diese Aktivitäten mit dem globalen Kampf gegen den Terrorismus zu rechtfertigen. Seine Behauptung, es sei nur im Ausland spioniert und überwacht worden, entpuppte sich jedoch als blanke Lüge. Trotzdem löste die Überwachungsaffäre in den USA kaum Erschütterungen aus; beide grossen Parteien stellten sich im Kongress mehrheitlich hinter die Programme. In Teilen Europas und Lateinamerika waren die Reaktionen jedoch heftig: Die brasilianische Präsidentin sagte eine geplante Reise in die USA ab, und in mehreren Ländern fanden Proteste vor amerikanischen Vertretungen statt; zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik wurde ein US-Botschafter ins Aussenministerium zitiert. In der Schweiz nahm man die NSA-Affäre erstaunlich gelassen, obschon aus



Bild: iStock

Trotz wochenlanger Suche blieb die Boeing 777 der Malaysian Airlines im Indischen Ozean verschollen.

Snowdens Aussagen klar wurde, dass NSA und CIA auch hierzulande aktiv waren; u.a. wurde der Fall eines Bankers bekannt, der vom CIA in Genf gezielt ausspioniert wurde. Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) äusserte sich in seinem Lagebericht 2014 zurückhaltend: Die USA und möglicherweise auch andere Länder hätten «Zugang zu mindestens einem Teil der schweizerischen Kommunikationsinfrastruktur». Ziele der Ausspähung seien «vermutlich vorwiegend Drittstaaten auf dem Platz Genf». Teilweise seien wohl auch «politische und wirtschaftliche Interessen der Schweiz» von den Lauschangriffen der USA betroffen.

Ein Flugzeug verschwindet

Angesichts der globalen Überwachung erstaunte es umso mehr, dass ein modernes Verkehrsflugzeug unbemerkt von den Radarschirmen verschwinden konnte. Am 8. März 2014, um 00.41 Uhr Ortszeit, meldete sich die Crew von MH370 zum letzten Mal, um sich aus dem malaysischen Luftraum zu verabschieden. Was anschliessend an Bord der Boeing 777 der Malaysian Airlines geschah, die sich auf dem Flug von Kuala Lumpur nach Peking befand, blieb ein Rätsel. Kein Zweifel konnte bestehen, dass die Maschine irgendwo abgestürzt sein musste. War ein technisches Versagen schuld? Oder hatte ei-

ner der beiden Piloten Suizid verüben wollen? Oder war die Maschine Opfer eines Terroranschlags geworden? An Bord befanden sich neben der ausschliesslich malaysischen Crew 227 Passagiere, zwei Drittel von ihnen Staatsangehörige der Volksrepublik China. Zunächst wurde entlang der Normal-Route, die von Malaysia über den Golf von Thailand und Vietnam nach China führte, nach dem vermissten Flugzeug gesucht. Erst mehrere Tage später ergab sich aus Aufzeichnungen von Satelliten und militärischen Radarinstallationen, dass die Maschine nach dem Verlassen des malaysischen Luftraums abgedreht hatte. Sie war dann über Malaysia hinweg zum Indischen Ozean und Richtung Süden bis in ein Gebiet rund 2500 Kilometer südwestlich von Australien geflogen, wo sie höchstwahrscheinlich im Meer abgestürzt war. Das hiess, dass die Maschine nach dem Unterbruch der Funkverbindungen noch rund sechs Stunden lang weitergeflogen sein musste, bevor sie ins Meer abstürzte. Warum diese Informationen erst mehr als eine Woche später bekannt wurden, blieb mysteriös; vermutlich waren sie aus Gründen militärischer Geheimhaltung zurückgehalten worden. Erst nach dem 20. März wurde mit der Suche im Seegebiet südwestlich von Australien begonnen. Anfang April empfangen einzelne Suchschiffe Signale, die von der Black Box des verschollenen Flugzeugs stammen konnten. Für

die Angehörigen der Opfer war das Warten ohne konkrete Informationen fast unerträglich. Namentlich in Peking protestierten viele gegen die Informationspolitik der malaysischen Behörden. Auch die chinesischen Behörden gaben ihrem Unmut über die Regierung in Kuala Lumpur unverblümt Ausdruck.

Asiatische Turbulenzen

Chinas neue Führungsgeneration unter Xi Jinping, dem neuen Generalsekretär der Kommunistischen Partei, sah sich 2013/14 mit mehreren Herausforderungen konfrontiert: fallenden wirtschaftlichen Wachstumsraten, einer möglichen Blase des Immobilienmarktes, zunehmenden Umweltproblemen (u.a. gravierenden Smog-Wolken in den Grossstädten) und Korruption auf allen Ebenen. Auch politischer Extremismus machte China zu schaffen. Dafür verantwortlich war nicht zuletzt die repressive Politik gegenüber Minderheitenvölkern wie Tibetern und Uiguren. Ein Anschlag mit einem sprengstoffgefüllten Auto vor dem Tor des Himmlischen Friedens in Peking forderte am 28. Oktober mindestens fünf Tote und 38 Verletzte; am 16. November kamen bei einem Überfall auf eine Polizeistation in der Präfektur Kashgar im äussersten Westen des Landes mindestens elf Menschen ums Leben. Und für weltweite Schlagzeilen sorgten Messer- und

Bombenattentate in Guangzhou und Urumqi.

In ihrer Aussenpolitik verfolgte die Volksrepublik einen zunehmend offensiveren Kurs, namentlich gegenüber Japan, Südkorea, Vietnam, Indonesien, Malaysia und Philippinen. Konkret ging es um Inselgruppen im Südchinesischen Meer, die Peking für sich beanspruchte. Dabei scheute China nicht davor zurück, über einzelnen Inselgruppen einseitig Flugüberwachungszonen zu verfügen. In Vietnam kam es deswegen im Mai 2014 zu bösen antichinesischen Ausschreitungen. Kein Wunder, dass sich die von China bedrohten asiatischen Länder sicherheitspolitisch enger an die USA anlehnten.

Politisch unruhige Zeiten erlebte Thailand: Wochenlang legten Demonstranten Teile der Bangkokker Innenstadt lahm, blockierten den Verkehr und belagerten Ministerien und Amtsgebäude. Sie forderten den Rücktritt der Regierung von Premierministerin Yingluck Shinawatra. Diese hatte ein höchst umstrittenes Amnestiegesetz durch das Parlament geschleust; als Konsequenz daraus hätte der im Exil lebende frühere Premierminister Thaksin Shinawatra, ein Bruder der Regierungschefin, unbehelligt in sein Heimatland zurückkehren können. Thaksin war 2006 durch einen Militärputsch von der Macht verdrängt und mit einem Politikverbot belegt worden. Die Thaksin-Gegner hofften diesmal auf ein ähnliches Szenario. In die Ecke gedrängt,

setzte Yingluck Shinawatra Neuwahlen auf den 2. Februar 2014 an – im Wissen darum, dass sie ausserhalb Bangkoks über eine sichere Mehrheit verfügte. Anders als 2006 verhielten sich Militär und Polizei diesmal neutral. Die Wahlen fanden wie geplant statt und erbrachten für die Regierung das gewünschte Ergebnis. Die Opposition, welche die Parlamentswahl boykottiert hatte, hinderte jedoch zahlreiche Wählerinnen und Wähler in Bangkok sowie im Süden des Landes am Urnengang. Paradoxe Weise nahm das Verfassungsgericht dies zum Anlass, die Wahlen vom 2. Februar zu annullieren. Damit blieb Thailand die innenpolitische Blockade erhalten. Am 7. Mai befand das höchste Gericht des Landes, Shinawatra und einige ihrer Minister hätten bei einer Personalentscheidung gegen die Verfassung verstossen, worauf die Premierministerin umgehend zurücktreten musste. Zahlreiche Beobachter sprachen von einem Putsch des obersten Gerichts. Als die Agitation der Regierungsgegner unentwegt weiterging, griff die Armee ein; sie verhängte das Kriegsrecht über das Land, kündigte allerdings an, lediglich «Ruhe und Ordnung» wiederherstellen zu wollen.

Die Philippinen wurden von einem der stärksten tropischen Wirbelstürme heimgesucht, die seit Beginn verlässlicher Wetteraufzeichnungen beobachtet wurden. Am 7. November 2013 überquerte der Taifun Haiyan

die Inseln Samar, Leyte, Panay und Busuanga mit Windgeschwindigkeiten von bis zu 380 km/h. Die Städte Tacloban und Guiuan wurden fast vollständig zerstört; an die 10 000 Menschen verloren bei der Katastrophe ihr Leben.

Schatten über Europa

Über Europa lagen noch immer die Schatten der schweren Wirtschafts- und Währungskrise der

vergangenen Jahre. Aber die Anzeichen mehrten sich, dass Griechenland, Spanien, Portugal und Irland die tiefe Rezession allmählich überwandten. In Frankreich und Italien führte die Krise zu Regierungswechseln. Der französische Präsident François Hollande, dessen stures Festhalten an sozialistischen Rezepten für die mangelnde Produktivität und die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht wurde, sackte in der Popularität auf ei-

Bild: Keystone



Angela Merkel gewann mit ihrer CDU/CSU die Bundestagswahlen vom 22. September 2013; wegen des Debakels der FDP kam es zu einer Neuaufgabe der Grossen Koalition mit der SPD.

nen beispiellosen Tiefpunkt ab. Bei den Gemeindewahlen vom März 2014 erlebten die Sozialisten ein Debakel; Sieger waren die bürgerliche UMP und der rechtsnationale Front National von Marine Le Pen. Hollande reagierte auf die Niederlage mit einer Regierungsumbildung, die gleichzeitig auch eine Abkehr von der früheren «sozialistischen» Umverteilungsideologie signalisierte: Manuel Valls löste als Premierminister Jean-Marie Ayrault ab.

In Italien verdrängte Matteo Renzi den bisherigen Ministerpräsidenten Enrico Letta von der Macht. Der erst 38-jährige Renzi war im Dezember zum Vorsitzenden des Partito Democratico gewählt worden. Als liberaler Konservativer und früherer Bürgermeister von Florenz versprach er frischen Wind in der italienischen Politik.

Bei den Bundestagswahlen vom vergangenen 22. September schwang wie erwartet die CDU/CSU von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit 41,5 % obenaus. Die SPD unter Peer Steinbrück kam nur auf 25,7%, die Linke und die Grünen auf 8,6 respektive 8,4%. Die FDP schaffte die 5-Prozent-Hürde für das Verbleiben im Bundestag nicht; sie kam auf 4,8% der Stimmen, 9,8% weniger als 2009. Kanzlerin Merkel war damit auf einen neuen Koalitionspartner angewiesen. Zum dritten Mal erlebte die Bundesrepublik eine Grosse Koalition zwischen CDU/CSU und SPD.



Bild: Keystone

Kaum lösbares Problem: Tausende von Afrikanern versuchen von Libyen aus in Booten nach Italien überzusetzen.

Flüchtlingsdramen in Südeuropa

Trotz Währungskrise und Rezession blieb Europa attraktiv für Flüchtlinge. Nach Uno-Angaben befanden sich 2012 weltweit 45,2 Millionen Menschen auf der Flucht. Die meisten von ihnen waren Vertriebene im eigenen Land – auf der Flucht vor Konflikten wie in Afghanistan, Irak, Ägypten, Sudan, Somalia, Eritrea, vor Hungersnöten und Klimakatastrophen. Die Hauptströme dieser Menschen führen traditionell über die Türkei nach Griechenland, via Marokko zur spanischen Exklave Melilla und über Libyen und auf dem Schiffsweg nach Italien. Letzteres vor allem seit dem Zusammenbruch

des Ghadhafi-Regimes; Schlepperbanden machen sich die instabilen Verhältnisse im nordafrikanischen Land zunutze. Wiederholt scheiterten Boote beim Versuch, die italienische Insel Lampedusa zu erreichen. Aufrüttelnd wirkte in Europa besonders eine Schiffbruch-Tragödie, die sich am 3. Oktober 2013 vor der Küste von Lampedusa ereignete. Mindestens 133 Flüchtlinge aus Somalia und Eritrea ertranken im Mittelmeer. Italien bemühte sich mit seiner Küstenwache, so viele Schiffbrüchige wie möglich zu retten, warnte aber davor, dass in Libyen fast eine Million weiterer Flüchtlinge aus Afrika und dem Nahen Osten darauf warteten, Europa mit Booten zu erreichen.

Die Schweiz erlebte ein weiteres gutes Jahr. Weder waren Umweltkatastrophen noch gravierende Unglücksfälle zu verzeichnen. Die Arbeitslosigkeit verharrte auf dem tiefen Stand von rund 3 Prozent, und die meisten Firmen meldeten eine solide Auftragslage. Anhaltend gross blieb der Druck aus dem Ausland in Steuerbelangen, und die EU zeigte gegenüber der Schweiz eine abnehmende Bereitschaft, bilateral zu verhandeln. Nicht zu übersehen war auch der Preis der guten Wirtschaftsentwicklung: Wie in den Vorjahren war ein Wanderungsüberschuss von 80 000 Menschen zu verkraften, pro Sekunde ging mehr als ein Quadratmeter Kulturland verloren, und in Zügen und auf Strassen wurde der Raum zusehends eng. Viele klagten über «Dichtestress» und abnehmende Lebensqualität.

Abschied vom Bankgeheimnis

Dass die Tage des Bankgeheimnisses gezählt sein würden, zeichnete sich seit längerem ab. Die USA wie die EU machten klar, dass sie den Missbrauch dieser helvetischen Sonderregelung nicht mehr hinzunehmen bereit waren. Im Rahmen der OECD wurden die Arbeiten für die Einführung des Automatischen Informationsaustauschs zügig vor-



Bild: Keystone

Die Absagen der eidgenössischen Räte an das Steuerabkommen mit den USA und das Erbschaftssteuerabkommen mit Frankreich bedeuteten für Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf empfindliche Niederlagen.

angetrieben. Nein sagten die eidgenössischen Räte zu einem Steuerabkommen mit den USA, das als Kapitulation empfunden wurde. Eine weitere bittere Niederlage erlitt Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, als die eidgenössischen Räte ein Erbschaftssteuer-Abkommen mit Frankreich verwarfen; der von Paris

«diktierte» Vertrag war besonders in der Romandie heftig kritisiert worden.

Entgegen allen Unkenrufen aus dem Finanzministerium kam es aber in den USA nicht zu weiteren Anklagen gegen Schweizer Banken (die für die betreffenden Institute wie bei der Bank Wegelein höchstwahrscheinlich das de-

finitive Ende bedeuten würden). Trotzdem erreichten die USA ihr Ziel mit einer simplen Drohung: Sie überliessen es den Schweizer Banken, sich «freiwillig» in eine von vier Schuld-Kategorien einzureihen. Die meisten Banken kamen der Aufforderung fristgemäss nach. Unabhängig von dieser Selbstdeklaration war zum vornherein klar, dass dieser Ablasshandel die Schweizer Banken Milliarden kosten würde. Ein Exempel statuierten die US-Justizbehörden an der Credit Suisse: Wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung und Steuerflucht wurden ihr Bussen von rund 2,6 Milliarden Franken auferlegt; ferner musste sie ein Schuldgeständnis ablegen. Sie behielt jedoch ihre Banklizenz in den USA.

Von einer Lösung des Steuerstreits mit Deutschland, Frankreich und Italien blieb die Schweiz weit entfernt: Die Bundesrepublik, deren Länderkammer ein Steuerabkommen mit der Schweiz 2012 verworfen hatte, setzte unverändert auf gestohlene Bankdaten und Selbstdeklarationen. Am meisten Aufsehen erregten die Fälle der Frauenrechtlerin Alice Schwarzer sowie des Präsidenten des FC Bayern München, Uli Hoeness, der umfangreiche Geschäfte mit Schweizer Banken getätigt hatte. Im März 2014 wurde Hoeness wegen Steuerhinterziehung zu einer unbedingten Haftstrafe von 3 ½ Jahren verurteilt.

Allgemein zeichneten sich im Verhältnis zur EU schwierigere

Zeiten ab: Wiederholt brachte Brüssel zum Ausdruck, dass die Europäische Union in Zukunft mit der Schweiz nicht mehr bilateral zu verhandeln gedächte, sondern dass die Schweiz automatisch den «acquis communautaire» zu übernehmen hätte. Demgegenüber wiesen sämtliche Umfragen darauf hin, dass eine automatische Übernahme neuen EU-Rechts für die Schweizer Bevölkerung nicht in Frage käme. Der Bundesrat versuchte den Spagat zwischen diesen unvereinbaren Positionen. Im Verhandlungsmandat, das er am 18. Dezember 2013 verabschiedete, beteuerte er einerseits sein grundsätzliches Festhalten am bilateralen Weg; andererseits bot er an, dass in strittigen Fragen der EU-Gerichtshof angerufen werden könne; dabei bliebe die Schweiz grundsätzlich frei, dessen Urteile zu akzeptieren oder nicht; falls nicht, müsste sie allerdings die Konsequenzen tragen. Bereits dieses kleine Entgegenkommen stiess innenpolitisch auf heftigen Widerstand; die SVP liess verlauten, dass sie niemals «fremde Richter» akzeptieren würde.

Ja zur Masseneinwanderungsinitiative

Wie skeptisch die Schweizer Bevölkerung gegen Brüssel eingestellt war, machte sie mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative der SVP klar. Das Volksbegehren verlangte, dass die Schweiz die Steuerung der Zuwanderung künftig wieder «ei-

genständig» regeln solle. Diese Forderung kollidierte mit einem Grundprinzip des EU-Binnenmarktes, mit der Personenfreizügigkeit, zu dem unser Land mit seiner Zustimmung zu den bilateralen Abkommen 2002 seine Zustimmung gegeben hatte. Ausserdem verlangte die Initiative die Wiedereinführung von Kontingenten, was ebenfalls nicht kompatibel mit EU-Vorstellungen war. Dessen ungeachtet stimmten Volk und Stände am 9. Februar 2014 dem SVP-Begehren mit 50,3 % zu; 12 Voll- und 5 Halbkantone verzeichneten Ja-Mehrheiten. Dies, obschon Bundesrat und Parlament, alle grossen Wirtschaftsverbände sowie sämtliche Parteien der Mitte und der Linken die Initiative bekämpft hatten. Das Ergebnis war zweifellos auch Ausdruck eines gesunkenen Vertrauens. Es spiegelte ein Unbehagen in weiten Teilen der Bevölkerung, das von der Politik offenkundig nicht wahrgenommen worden war. Der Automatismus der Personenfreizügigkeit mit jährlich 80 000 zusätzlichen Einwohnern schien vielen ein zu hoher Preis für Wirtschaftswachstum und die damit einhergehenden Folgen zu sein. Erklärungsansätze, welche das Ja auf blosser Fremdenfeindlichkeit zurückführten, griffen zweifellos zu kurz; ebenso Analysen, welche das Ergebnis auf Kriterien wie Schulbildung und angebliche Stimmabstinenz der Jungwähler zurückführen wollten. Offenbar war sich die Mehrheit



Die Credit Suisse wurde von den amerikanischen Justizbehörden zu einer Busse von 2,6 Milliarden Franken verurteilt, behielt jedoch ihre Banklizenz in den USA.

bei ihrem Ja-Votum durchaus bewusst, dass sie damit Konsequenzen für das Verhältnis mit der EU heraufbeschwor. Ob sie aber auch bereit sein würde, den Preis dafür zu entrichten?

Seitens der Europäischen Union fielen die Reaktionen geharnt aus: Brüssel kündigte die Zusammenarbeit im Forschungsbereich auf, und die Schweiz war auch beim Erasmus-Studentenaustausch-Programm nicht länger willkommen. Auch von politischer Seite fielen harte Worte: «Die spinnen, die Schweizer», liess etwa der deutsche SPD-Vize Stegner verlauten, und der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck scheute bei seinem Staatsbesuch in der Bern nicht vor Kritik an der direkten Demokratie zurück: Diese, so Gauck, berge «Gefahren, wenn über hochkomplexe Themen abgestimmt wird». Das Verständnis für sol-

che Lektionen – dazu gehörte auch Gaucks Kritik an der Flüchtlingspolitik der Schweiz im Zweiten Weltkrieg – hielt sich hierzulande in engen Grenzen.

Flut von Volksbegehren

Nicht mit allen ihren Begehren war die SVP erfolgreich. Im Juni 2013 gelangte die Initiative «zur Volkswahl des Bundesrates» zur Abstimmung; sie erlitt mit 76,3 % Nein und keiner einzigen Ständestimme die erwartete vernichtende Niederlage. Die Linke ihrerseits scheiterte mit der sogenannten «1:12»-Initiative. Ihrem Wortlaut zufolge hätten die höchsten Löhne in einem Unternehmen maximal zwölf Mal so hoch sein dürfen wie die tiefsten. Dieses Juso-Begehren wurde am 24. November 2013 mit 65,3 % verworfen; einzig im Tessin und im Kanton Jura war das Nein mit

51 bzw. 52 % klein. Auch das Begehren für einen Mindestlohn aus Gewerkschaftskreisen wurde von Volk und Ständen mit 76,3 % Nein bachab geschickt.

73,2 % der Stimmenden verwarfen – am 22. September 2013 – das Volksbegehren «zur Aufhebung der Wehrpflicht», das von der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) eingereicht worden war. Wesentlich knapper war der Ausgang der Abstimmung über die Beschaffung des Kampfflugzeugs «Gripen». Linke und Grüne opponierten dagegen aus grundsätzlichen Überlegungen; wegen der Typenwahl – der «Gripen» hatte sich gegen den deutschen «Eurofighter» und den französische «Rafale» durchgesetzt – und wegen der Kosten war die Flugzeug-Beschaffung aber auch bis weit ins bürgerliche Lager hinein umstritten. Am 18. Mai 2014



Nach hartem Abstimmungskampf mit 53,4% verworfen: die Vorlage zur Beschaffung des schwedischen Kampfflugzeugs «Gripen».

sagten 53,4% der Stimmenden Nein zum Kauf des Kampfflugzeugs «Gripen». Damit standen Bundesrat, Parlament und Armeeführung vor einem veritablen Scherbenhaufen in der Wehrpolitik. Gleichentags stimmten 63,5% der sogenannten «Pädophilie-Initiative» zu; sie verlangt, dass verurteilte Pädophile nie mehr mit Kindern arbeiten dürfen. Unbestritten war der Verfassungsartikel zur Stärkung der Hausarztmedizin; 88% stimmten ihm zu.

Neue Mitte zerfällt

Bei den eidgenössischen Wahlen 2011 hatten sämtliche grossen Parteien Verluste hinnehmen

müssen. Damals war viel über eine neue Mitte spekuliert worden, nachdem die Grünliberalen und die neu gegründete BDP je 5,4% gewonnen hatten. Anderthalb Jahre vor den eidgenössischen Wahlen 2015 schlug das Pendel zurück: Bei den Berner Kantonalwahlen von Ende März 2014 erlitt die BDP eine vernichtende Niederlage, während die SVP zulegen konnte. Grünliberale und FDP behaupteten sich, während für CVP und SP im Hinblick auf 2015 weitere Verluste vorausgesagt wurden.

Trotz politischer Probleme mit der EU blieben die Aussichten für die Schweizer Wirtschaft gut. Dem Volkswirtschaftsde-

partement unter Johann Schneider-Ammann gelang es, mit China ein Freihandelsabkommen auszuhandeln. Ein bemerkenswerter Durchbruch, zumal die EU mit ihren Bemühungen um ein Abkommen mit China nicht vorankam; einzig Island hatte vor der Schweiz ein Freihandelsabkommen mit China abgeschlossen. Der Vertrag sah insbesondere einen gegenseitigen erleichterten Marktzugang vor. Das Abkommen wurde auch in China als grosser Durchbruch gefeiert. Für unser exportabhängiges Land sind solche Verträge umso bedeutsamer, als die Schweiz heute zu rund 60 Prozent von Ausfuhren in die EU abhängig ist.